



Gemeinsame Pressemitteilung

16. Dezember 2021

Argumentationslinie

von

Peter Hübner, Präsident Hauptverband der Deutschen Bauindustrie, und
Reinhard Quast, Zentralverband Deutsches Baugewerbe

anlässlich der gemeinsamen Pressekonferenz am 16. Dezember 2021

SENDESPERRFRIST: 16. Dezember 2021, 11:00 Uhr

Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V.
Britta Frischemeyer
Stabsstellenleiterin Presse und Kommunikation
Kurfürstenstraße 129, 10785 Berlin
Telefon 030 21286-229
britta.frischemeyer@bauindustrie.de
www.bauindustrie.de

Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e.V.
Dr. Ilona K. Klein
Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Kronenstraße 55 – 58, 10117 Berlin
Telefon 030 20314-408
presse@zdb.de
www.zdb.de

I. Konjunkturelle Entwicklung

In Erwartung von Nachwirkungen der Corona-Pandemie hatten wir vor einem Jahr für das Jahr 2021 nur eine verhaltene Dynamik der Bauproduktion auf dem Niveau des Jahres 2020 prognostiziert. Diese Prognose hat sich bestätigt. Wir rechnen für den Umsatz im Bauhauptgewerbe im Jahr 2021 nominal mit 143,5 Milliarden Euro nach 143 Milliarden Euro in 2020 (nominal +0,5 Prozent).

Während einerseits die Nachfrage nach Bauleistungen im Jahresverlauf 2021 wieder Auftrieb hatte, haben andererseits Probleme bei der Materialbeschaffung und nachfolgend deutliche Preiserhöhungen beim Einkauf die Abarbeitung der hohen Auftragsbestände gebremst.

Der Gipfel der Dynamik bei der Entwicklung der Einkaufspreise scheint bei wichtigen Baumaterialien nun zwar überschritten, gleichwohl halten die Preise immer noch ein hohes Niveau. Der Index für Erzeugerpreise zeigt z.B. für Bauholz aktuell (Oktober) immer noch ein fast doppelt so hohes Preisniveau wie zum Vorjahreszeitpunkt. Bei Kunststoffprodukten, wie Rohren und Dämmstoffen, liegen die Preise um 30 Prozent über dem Vorjahresniveau, bei Stahl sind es fast 70 Prozent.

Ein Stück weit gelingt es den Bauunternehmen inzwischen bei neuen Verträgen, diesen Druck auf der Einkaufseite auch an den Markt weiterzugeben. Per September haben die Preise für Bauleistungen gegenüber dem Vorjahr um knapp 6 Prozent zugelegt. Das hat entsprechend auch die dargestellte nominale Umsatzentwicklung gestützt. Real bedeutet der minimale Anstieg einen Rückgang der Umsatzentwicklung in 2021 um 6 Prozent.

Gleichwohl haben wir auch in 2021 eine hohe Kapazitätsauslastung zu verzeichnen, am aktuellen Rand von über 80 Prozent. Die hohe Geräteauslastung hat die Investitionsbereitschaft unserer Unternehmen deutlich erhöht. Seit 2016 investiert das Baugewerbe stärker als das übrige produzierende Gewerbe und die Dienstleistungsbereiche in neue Anlagen. Unsere personellen Kapazitäten haben wir von 2009 bis 2021 von 705.000 Beschäftigten auf 905.000 Beschäftigte, also um nahezu 30 Prozent, ausgeweitet. Neben dem Rückgang der Arbeitslosenzahl und der Gewinnung ausländischer Arbeitskräfte gelingt es unserer Branche zudem gegen den Trend, die Gesamtzahl der Auszubildenden zu erhöhen.

All dies tun wir, weil wir von einer anhaltend hohen Nachfrage nach Bauleistungen überzeugt sind. Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung nimmt dies mit der angestrebten Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur, dem Neubau von Wohnungen und der Realisierung der Klimaschutzziele in den Blick. – Auch die Klimawende muss gebaut werden. Wichtig ist dabei, die investiven Rahmenbedingungen entsprechend zu gestalten.

Unsere aktuellen Verbandsbefragungen zeigen einen verhaltenen Optimismus zur Geschäftsentwicklung in 2022. Dieser ist maßgeblich daran festgemacht, dass Lieferschwierigkeiten und die Dynamik der Preisentwicklungen beim Einkauf von Baumaterial im zweiten Quartal 2022 nachgeben werden. Die hohen Auftragsbestände lassen Raum für eine Umsatzsteigerung auf 151 Milliarden Euro in 2022, was einer Steigerung um nominal 5,5 Prozent entspricht. Bei einer veranschlagten Preisentwicklung für Bauleistungen von jahresdurchschnittlich 4 Prozent, bedeutet das einen realen Zuwachs von 1,5 Prozent. Bei den Beschäftigten erwarten wir einen weiteren Aufbau um 10.000 auf 915.000 Beschäftigte.

- **Wohnungsbau**

Der Wohnungsbau ist auch in den „Corona-Jahren“ Stützpfiler der Baukonjunktur geblieben. Ende September 2021 lagen die Auftragsbestände bei fast 13 Milliarden Euro, eine Steigerung zum Vorjahreswert um fast 20 Prozent. Die Nachfrage nach Wohnraum lässt nicht nach. Bis September wurden gut 282.000 Wohnungen genehmigt, ca. 5 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

Die Bundesregierung geht mit dem formulierten Ziel, in der Legislaturperiode jährlich 400.000 Wohnungen zu errichten, richtigerweise davon aus, dass letztlich nur mit der Schaffung neuen Wohnraums eine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt zu erreichen ist. Wir halten die Zielvorgabe für ambitioniert, bedeutet sie doch eine schlagartige Erhöhung der jährlichen Baufertigstellungen um ca. 30 Prozent. Wir werden unseren dargestellten Pfad der Kapazitätsanpassung mit Blick auf die mittelfristigen Bedarfe und die Rahmenbedingungen für Investitionen weiter fortsetzen. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang ausdrücklich

- die geplante Erhöhung der linearen Abschreibung von 2 Prozent auf 3 Prozent und
- die geplanten Aufstockungen der Mittel für den sozialen Wohnungsbau, den altersgerechten Umbau von Wohnungen und die Städtebauförderung.

Um die Schlagzahl im Wohnungsbau zu erhöhen, setzen wir verstärkt auf modulares und serielles Bauen.

Wir rechnen in 2021 mit der Fertigstellung von ca. 310.000 Wohnungen und in 2022 von ca. 320.000 Wohnungen.

Der Umsatz im Wohnungsbau erreicht in 2021 ca. 55,4 Milliarden Euro, eine Steigerung gegenüber 2020 um nominal 2 Prozent. Für 2022 rechnen wir mit einem weiteren Wachstum auf 59,3 Milliarden Euro, eine Steigerung um nominal 7 Prozent.

- **Wirtschaftsbau**

Die Nachfrage aus der Wirtschaft nach Bauten war im Jahresverlauf 2021 ausgesprochen volatil ausgeprägt und bleibt mit Blick auf die Frühindikatoren Baugenehmigungen und Auftragseingänge ambivalent. Während wir von Januar bis September einen starken Zugang an Ordnern (+13 Prozent) vor allen Dingen im Hochbau gesehen haben (+18 Prozent), zeigen die Baugenehmigungen nach Gebäudetypen ein sehr differenziertes, „Corona-gezeichnetes“ Bild:

Die Investitionsbereitschaft in Handelsgebäude leidet weiter unter den Corona-Einschränkungen. Das Genehmigungsvolumen (bemessen nach Baukosten) liegt um 14 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Die vierte Corona-Welle lässt hier für die kommenden Monate wenig Impulse erwarten.

Der demgegenüber deutlich angezogene Onlinehandel stützt weiter die Nachfrage nach Lagerflächen, und hält das stark gewachsene Genehmigungsvolumen des Vorjahres. Die Investitionsbereitschaft aus der Industrie in neue Fabrik- und Werkstattgebäude erreicht per September nicht das schwach ausgeprägte Vorjahresniveau. Auch der Hotel- und Gastronomiebereich zeigt wegen der Corona-Einschränkung weniger Investitionsneigung (-8 Prozent).

Nachdem im Vorjahr wegen der hohen Inanspruchnahme der Kapazitäten in Krankenhäusern deutlich weniger Investitionen vorgenommen wurden, sind diese nun nicht mehr zu verschieben (+64 Prozent). Dabei stehen wohl verstärkt Sanierungsmaßnahmen im Fokus. Intensivstationen werden aufgestockt.

Im letzten Jahr war wegen der verstärkten Nutzung von Homeoffice die Beantragung von Genehmigung von Büroflächen eingebremst. Nun sehen wir hier wieder Zuversicht in den Bau von Bürogebäuden (+12 Prozent).

Für 2021 rechnen wir im Wirtschaftsbau mit einem Umsatz von 50,3 Milliarden Euro (+1 Prozent nominal).

Wir messen dem starken Orderzugang und den hohen Auftragsbeständen (+10 Prozent) bei unserer Prognose für 2022 ein hohes Gewicht zu, verkennen aber auch nicht die derzeit eher schwachen Genehmigungssignale aus Handel und Industrie. Die wieder stark ansteigenden Infektionszahlen können zu Ausfällen von Mitarbeitern und damit zu weiteren Störungen der Logistikketten führen. Die Entwicklung im Wirtschaftsbau hängt im besonderen Maße von der Eindämmung der Pandemie ab.

Für 2022 erwarten wir im Wirtschaftsbau einen Umsatz von 53,3 Milliarden Euro (+6 Prozent nominal). Dabei gehen wir auch davon aus, dass die neue Bundesregierung mit ihrem Ziel der Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene die bisherigen Planungen zu den steigenden Investitionen bei der Bahn beibehalten wird. Dies stützt den Wirtschaftstiefbau.

- **Öffentlicher Bau**

Die Umsatzentwicklung im öffentlichen Bau hat in 2021, wie von uns erwartet, nicht das Vorjahresniveau halten können. Wir rechnen hier mit einem Umsatz von 37,8 Milliarden Euro (-3 Prozent nominal).

Während es den Kommunen - Dank des von Bund und Ländern aufgespannten Rettungsschirmes - im Jahr 2020 noch gelang, ihre geplanten Investitionsbudgets umzusetzen, fehlte es an entsprechenden Sicherungsinstrumenten in 2021. Die kommunalen Bauinvestitionen stehen für immerhin 60 Prozent der Bauinvestitionen der öffentlichen Hand.

Steigende Ausgaben bei Personal und sozialen Aufwendungen haben die Investitionen in Baumaßnahmen eingeschränkt. Der Investitionsstau bei den Kommunen hat sich bei 150 Milliarden Euro verfestigt. Davon entfallen 80 Milliarden Euro auf Neubau und Sanierung von Schulen und Straßen.

Nach aktueller Finanzlage gehen die kommunalen Spitzenverbände für das Jahr 2022 von einem Rückgang der Bauinvestitionen um fast 9 Prozent aus. Damit wird der Investitionsstau weiter anwachsen. Das ist nicht hinnehmbar. Intakte kommunale Infrastrukturen – Schulen, Straßen, Energieversorgung, kommunale Verwaltungsgebäude und vieles mehr – gehören zur Daseinsvorsorge vor Ort, prägen Bildung und Mobilität.

Wir halten es daher für folgerichtig, dass sich die Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag zur Unterstützung kommunaler Investitionstätigkeit bekennt und die strukturellen Probleme der Kommunalhaushalte auflösen will. Hier braucht es aber einen Schulterschluss von Bund und Ländern.

Im Jahr 2021 wurde der Systemwechsel bei der Autobahn vollzogen, von der Auftragsverwaltung der Länder zu einer bundesunmittelbaren Verwaltung. Die Autobahnen werden nun in alleiniger Verantwortung der Autobahn GmbH des Bundes geplant, gebaut, erhalten, betrieben und finanziert.

Die Herausforderungen einer solchen Verwaltungsreform sind groß. Wir haben hier in diesem Jahr noch Reibungsverluste gesehen. Unsere im Autobahnbau tätigen Unternehmen haben in 2021 einen geringeren Auftragsflow als in den Vorjahren verzeichnet. Nach den Daten des Statistischen Bundesamtes liegen die Order im Straßenbau bis zum September real um 4 Prozent unter dem Vorjahresniveau.

Wir halten es für notwendig und begrüßen, dass die Bundesregierung die Investitionen in die Infrastruktur weiter erhöhen und langfristig absichern will. Das gibt unseren Unternehmen auch die notwendige Planungssicherheit zum Ausbau der Kapazitäten.

Der Fokus muss auch im Straßenbau auf einer klimagerechten Bau- und Investitionspolitik liegen. Die Straße wird auch in 2050 immer noch der wichtigste Verkehrsträger sein. Der Straßenbau darf daher nicht vernachlässigt werden. Neben dem dringend notwendigen Erhalt muss auch der Ausbau und teilweise Neubau der Bundesfernstraßeninfrastruktur zu Engpassbeseitigungen oder für den Ersatzneubau weiter gewährleistet werden.

Wir begrüßen, dass die Bundesregierung eine Anregung unserer Verbände aufnimmt, zwischen Bund und Autobahn GmbH eine mehrjährige Finanzierungsvereinbarung abzuschließen. Damit wird mehrjährige Planungssicherheit geschaffen.

Für 2021 rechnen wir mit einem Umsatz im Öffentlichen Bau von knapp 38 Milliarden Euro, dies ist ein Rückgang um nominal 3 Prozent. Für 2022 erwarten wir dann 38,6 Milliarden Euro, eine schwache nominale Steigerung um 2 Prozent. Den hohen Auftragsbeständen stehen die engen Handlungsspielräume der Kommunen gegenüber. Hier braucht es schnell eine konkrete Umsetzung der von der Bundesregierung avisierten Unterstützung der Kommunen.

II. Bilanz und Ausblick

Der Koalitionsvertrag liegt vor:

„Mehr Fortschritt wagen – Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“

Ein nach vorn gerichteter Fahrplan, der auf Modernisierung und vor allem auf den Bau setzt. Unser erstes Fazit: Wir beurteilen den Regierungsvertrag der Ampel insgesamt positiv.

Viele unserer Forderungen haben SPD und FDP aufgenommen. Wir sagen hier für die gesamte Branche selbstbewusst: Die neue Bundesregierung kommt am Bau nicht vorbei.

Der Bau war und ist die Stütze der deutschen Volkswirtschaft, wir sind die Konjunktur-Lokomotive. Unsere 900.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben unter erschwerten Bedingungen 2020 einen Umsatz von 143 Milliarden Euro erwirtschaftet. Wir schaffen mit unseren Händen und Köpfen Realitäten. Dafür benötigen wir Rahmen und Bedingungen, um die Transformation unserer Lebensräume und Infrastrukturen zu schaffen. Gerade im Bereich Bauen und Wohnen und bei der Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren trägt der neue Koalitionsvertrag eine deutliche Handschrift. Das neue, eigenständige Bundesbauministerium unterstreicht die Bedeutung, die die neue Regierung der Bauwirtschaft bei der Bewältigung der vor uns liegenden Aufgaben beimisst.

Die Zeiten, in denen die Baupolitik als „Anhängsel“ eines anderen Ministeriums nur geringe Beachtung fand, sind vorbei. Dies gilt vor allem für die Wohnungsbaupolitik.

Für eine erfolgreiche Mobilitäts- und Energiewende und den Aufbau einer resilienten Infrastruktur wird die gute Verzahnung des Bau-Ressorts mit den Bundesministerien für Wirtschaft und Klimaschutz sowie Digitales und Verkehr besonders wichtig sein.

Die neue Koalition setzt zu Recht auf die Bauwirtschaft – klimaorientiert, digital und innovativ.

Die Bauwirtschaft ist die Schlüsselbranche für Umwelt- und Klimaschutz in den Bereichen Mobilität, Wohnen und Energie.

Zu den großen baupolitischen Themenfeldern:

- **Wohnungsbau**

Das Ziel von 400.000 Wohnungen pro Jahr ist ambitioniert. Es muss daher klar sein, dass neben zusätzlichen, personellen Kapazitäten auch neue, etablierte Konzepte und Methoden notwendig sein werden. Vor allem das serielle und modulare Bauen tragen dazu bei, schnell bezahlbaren Wohnraum zu realisieren. Hierfür sind eine bundesweite Vereinheitlichung der Landesbauordnungen sowie Typengenehmigungen notwendig. Dafür muss sich der Bund bei den Ländern einsetzen, nur gemeinsam geht's. Wir benötigen ein sorgfältiges Gleichgewicht an Rahmen, Vorgaben und Pflichten. Was nicht passieren darf, dass Fortschritt oder Einsparungen an einer Stelle durch überambitionierte Vorgaben an anderer Stelle negiert werden.

Der von der Politik angestrebte KfW-40 Standard kann noch nicht der Normalfall im Mietwohnungsbau werden. Auch der Wegfall der KfW-55 Förderung im Neubau kommt zu schnell, weil bereits in Planung befindliche Projekte mit dieser Förderung gerechnet haben. Hier besteht dringend Handlungsbedarf und wir freuen uns, dass von Seiten der SPD bereits signalisiert worden ist, nachzusteuern.

Interessant ist auch, dass die Bundesanstalt für Immobilien Aufgaben weiterhin beim Bundesministerium der Finanzen verbleibt und nicht, wie einige gehofft haben, dem neuen Bau-Ressort zugeordnet wird. Somit ist auch hier ein besonderes Kooperationserfordernis zwischen Bau- und Finanzressort notwendig, damit der Bundesbau seine Vorbildfunktion ausfüllen kann.

- **Klima**

Die Bauwirtschaft bekennt sich zu den Klimaschutzziele im Gebäudesektor und ist bereit, ihren Teil dazu beizutragen. Dabei ist es wichtig, unsere Möglichkeiten aber auch Grenzen kurz zu skizzieren.

Klar ist: Der Gebäudesektor hat einen Anteil von rund 40 Prozent an den Emissionen deutschlandweit. Der Bau selbst trägt hierzu allerdings lediglich 3 Prozent bei, der überwiegende Anteil wird durch Gebäudenutzung (Kälte/Wärme) verursacht.

Wir sind nicht Teil des Problems, wir sind Teil der Lösung.

Wir haben die Möglichkeit, mit ganzheitlichen Sanierungskonzepten die Herausforderungen bei Bestandsgebäuden zu lösen. Neben der Optimierung der Gebäudehüllen bedeutet dies den Austausch von Gebäudeteilen, die Strangsanierung, ein effizientes Energiemanagement sowie den Einsatz von Instrumenten zur Mediensteuerung.

Smart Home ist ein wichtiger Baustein, um Hausbesitzer bei der Herausforderung, ihre Gebäude energieeffizienter aufzurüsten, zu unterstützen. Das Ziel ist klar: Es muss mehr getan werden. Dafür brauchen wir einen echten Sanierungsbooster.

Das können wir schaffen – unter anderem mit der seriellen Sanierung, wie im Koalitionsvertrag genannt, den integrierten und individuellen Sanierungsfahrplänen sowie den weiter notwendigen Einzelmaßnahmen. Mit Förderprogrammen des Bundeswirtschaftsministeriums mit Fokus auf einen Wettbewerb der besten Ideen und für alle Unternehmensgrößen. Aber für das Verständnis von Klimaschutz und Bau ist noch etwas anderes wichtig: Wir stellen kein Produkt her, wir verkaufen eine Dienstleistung. Anders als viele andere Sektoren kommen wir ins Spiel, wenn der Auftrag schon durchgeplant ist. Wir bauen, was bestellt wird. Weshalb es auch auf den Auftraggeber ankommt, klimafreundlich zu denken.

Und zur Wahrheit gehört auch: Klimaschutz kostet mehr Geld und erfordert ein Engagement aller am Bau. Im Jahr 2022 soll das Klimaschutzgesetz konsequent weiterentwickelt werden.

Um diese Ziele zu erreichen, kann die Bauwirtschaft viele Lösungen bieten, die gerade durch mehr Digitalisierung, mehr Kooperation und ein Denken über den gesamten Lebenszyklus eines Bauwerks eingebracht werden können. Ohne Kooperation machen

- digitale Datenräume, in denen sich alle Projektbeteiligten treffen und austauschen können,

- oder die Erstellung sogenannter digitaler Zwillinge hin zu einem ganzheitlichen Zustandsmodell nur wenig Sinn.

Mit unserem Know-how gelingen bauliche Lösungen für mehr Umwelt- und Klimaschutz, etwa durch CO₂-ärmere Alternativen als bisher.

- *beispielsweise durch sparsameren Materialeinsatz, aber auch durch den Einsatz von Recyclingbaustoffen, Leichtbeton oder Dekarbonisierung von Beton.*

So können wir unsere Hausaufgaben, den CO₂-Ausstoß im Bausektor zu reduzieren, auch erfüllen. Das ist erst der Anfang – und der muss durch eine gute, fundierte Forschung fortgesetzt werden. Diesen Auftrag adressieren wir an das neue Bauministerium, da die Bauwirtschaft in den bisherigen Forschungsaktivitäten und -programmen noch zu wenig berücksichtigt und eingebunden wurde. Was wir brauchen, sind Material- und Technologieoffenheit, Lebenszyklusbetrachtung und Quartieransätze.

Die Politik muss das Ziel vorgeben, uns den Weg dahin jedoch offenlassen. Notwendig ist die Berücksichtigung von Emissionen über alle Phasen des Lebenszyklus.

- *Von der Herstellung und dem Transport der Bauprodukte über die Errichtung und Nutzung der Gebäude bis zum Abbruch und zur Entsorgung.*

Dabei muss der Einsatz von Recycling-Baustoffen gefördert werden. Nein, mehr noch: Recycling-Baustoffe sollten mindestens gleichwertig sein zu Primärbaustoffen. Kurzum: Um all die guten Ideen der Bauwirtschaft für mehr Klimaschutz in die Projekte zu bringen, brauchen wir ein Neues Denken in der Vergabe von Projekten. Das heißt weg vom reinen Preis, hin zu mehr Qualität und Nachhaltigkeit.

• **Verkehr**

Für das Gelingen der dringend notwendigen Mobilitätswende ist es richtig, die Investitionen in den Straßenbau zu erhalten und die Schiene und Wasserstraße zu stärken. Dieses klare Bekenntnis der Koalitionäre begrüßen wir. Die im Koalitionsvertrag vorgesehene Bevorzugung der Schiene tragen wir mit. Wir brauchen eine starke Schiene. Mit dem Deutschlandtakt treiben wir genau das voran: Der Bund sowie die Bahn stellen hierfür Rekordinvestitionen in Höhe von mindestens 170 Milliarden Euro bis 2030 bereit. Mit den Mitteln sollen das Bestandsnetz erneuert, Schienenwege neu- und ausgebaut sowie Etappen des Deutschlandtakts und die Digitale Schiene Deutschland realisiert werden.

Wichtig ist, dass wir mit der Deutschen Bahn auf Augenhöhe arbeiten und Aufträge in einem fairen Wettbewerb vergeben werden. Wichtig ist auch, dass eine starke Schiene europäisch gedacht werden muss: Die jüngsten EU-Vorschläge zur Reduzierung der Emissionen und Modernisierung des EU-Transportsystems im Rahmen von „Fit-for-55“ tragen wir mit. Darüber hinaus dürfen wir andere Verkehrswege aber nicht vernachlässigen. Denn eine starke Schiene darf nicht zu Lasten der Straße gehen. Auch E-Autos benötigen Straßen!

Und sie brauchen auch eine vernünftige Ladeinfrastruktur – sowohl stationär in Form von Ladesäulen als auch neue Technologien, um etwa Fahrzeuge während der Fahrt über Oberleitungen oder induktive Systeme in der Straße zu laden. In diesem Zusammenhang stimmen wir dem EU-Vorschlag zu, die Infrastruktur für alternative Kraftstoffe voranzutreiben.

Ganz besonders wichtig ist: Die gute Theorie hilft nichts, wenn es keine baureifen Projekte gibt. Ein Muss für die ersten 100 Tage der Koalition ist ein neuer Aufschlag für neue Maßnahmen zur Planungsbeschleunigung, der wohl bereits in Vorbereitung ist. Das ist gut so.

Warum? Die Sperrung der Talbrücke Rahmede auf der A 45 zeigt uns, dass Deutschland vor einem Brückenproblem steht. Sehr viele Bauten sind stark sanierungsbedürftig. Sehr oft können sie gar nicht mehr saniert werden. Dann hilft nur eines: Ersatzneubau oder Erweiterungsbau, um die hohe Verkehrslast zu tragen. Hierfür brauchen wir sehr dringende Planungsbeschleunigungen.

Sonst erleben wir einen Verkehrskollaps.

Dass wir schnell reagieren, zeigt uns das Beispiel der Swistbachbrücke auf der A61. Sie wurde im Sommer von der schrecklichen Flut zerstört und wird demnächst für den Verkehr freigegeben. Diese Instandsetzung ist eine Blaupause, wie Planungsbeschleunigungen künftig aussehen könnten.

- **Digitale Infrastruktur**

Zum Thema Breitband: Schnelles Internet und der ebenso schnelle Ausbau der Breitband-Infrastruktur sind wichtig. Aber wir dürfen uns nicht dazu verleiten lassen, für mehr Geschwindigkeit ausschließlich auf Verlegemethoden zurückzugreifen, die heute weder normiert noch nachhaltig sind: Trenching. Das Aufschlitzen von Straßen ist vor allem deshalb nicht nachhaltig, da das Gemeingut Straße zerstört und ständig die Gefahr besteht, dass Breitband-Kabel bei Straßensanierung beschädigt oder durch Maßnahmen unter der Straße, bspw. bei Arbeiten an Gas- oder Wasserleitungen, durchgetrennt werden. Wir können die Versäumnisse des Breitband-Ausbaus in den vergangenen Jahren nicht mit leichtfertigen Herangehensweisen wiedergutmachen. Im Gegenteil: Wir sollten es jetzt richtig machen, mit einem qualifizierten Leitungstiefbau und vielen Vorteilen für die übrigen Netzinfrastrukturen – von der koordinierten Sanierung, über die digitale Erfassung bis hin zu einem regelrechten Leitungsupgrade etwa für E-Mobilität.

Zum Thema Fachkräfte: Der Bau ist vielfältig, innovativ und schafft etwas, das Generationen überdauert. Diese Faszination für unsere Branche zu vermitteln, ist eine große Zukunftsaufgabe, um im „war of talents“ zu bestehen.